Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 516 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Amts von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe — Mittwoch, 9. November

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

„Abrüstung zur See"

Frankreichs Weisungen für Washington

Die Aufgaben der Abrüstungskonferenz in Washington

Die Maßsetzung Japans Amerikas Ziel.

Paris, 8. November.

Ueber die Ziele, die Amerika auf der Abrüstungskonferenz verfolgen wird, berichtet heute der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien", Pertinax. Die amerikanische Regierung bemühe sich, unbedingt den Erfolg der Konferenz zu sichern. Eine Besprechung, die Staatssekretär Hughes vor kurzem mit dem japanischen Botschafter in Washington, Shidehara, hatte, erweckt in Amerika starken Optimismus. Amerika fordert, daß alle geheimen Abmachungen mit China auf der Konferenz erörtert werden. Es wird Japan in China eine Einflußsphäre zugestanden werden, nämlich in der Südmandschurei und in der Mitmongolei, unter der Bedingung, daß Japan auf jeden politischen Einfluß (?) und jede militärische Besetzung der Küste im eigentlichen China verzichtet. Solle die Politik der offenen Tür durchgeführt werden, so müßten die Einflußzonen verschwinden. Es soll ein Konsortium gebildet werden, um den Wiederaufbau Chinas zu fördern.

Die englisch-japanische Allianz muß aufgelöst werden. Man würde Japan einladen, Wladiwostok und Nordsachalin sowie die anderen von ihm besetzten Punkte zu räumen. Was die Abrüstung anbelangt, so wird Amerika fordern, daß die englischen und amerikanischen Flotten die gleiche Stärke aufweisen. Amerika würde seine Schiffsbauten unter der Bedingung einstellen, daß ihm der Bau von sechs Panzerkreuzern zugestanden werde, um die jetzt bestehenden Lücken in der amerikanischen Marine auszufüllen. Amerika würde darauf verzichten, die Philippinen oder andere Inseln im Stillen Ozean zu befestigen, wenn auch Japan darauf verzichten würde, die ihm benachbarten Besitzungen zu befestigen. Bezüglich der Abrüstung zu Lande erkenne man in Amerika an, daß eine Verminderung der französischen Rüstungen ohne Garantie unmöglich sei. Deshalb scheine man daran zu denken, daß die Konferenz eine gemeinsame Erklärung abgeben solle, um Deutschland zu benachrichtigen, daß es im Falle eines Angriffes gegen Frankreich die ganze zivilisierte Welt gegen sich sehen würde. Der Berichterstatter des Petit Parisien bemerkt dazu, daß diese Formel zu unbestimmt sei und deshalb Widerspruch finden würde.

*

Reuter meldet aus Newyork, daß Briand zu der Konferenz ohne besondere Instruktionen komme, weil ihm der Senat und die Kammer volle Handlungsfreiheit ließen. Frankreich werde aber auf der Konferenz folgende Direktiven berücksichtigen:

1. Frankreich stimmt mit den Vereinigten Staaten der Handelsfreiheit in China zu.

2. Eine Verminderung der Rüstungen zur See würde bei Frankreich auf keine Schwierigkeiten stoßen.

3. Hinsichtlich der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland muß Frankreich darauf dringen, daß die Reparationszahlungen weiterhin gesichert bleiben, und dieses Recht ist eng an die Frage geknüpft, wie sich Frankreich seiner Schulden gegenüber Amerika entledigen soll. Wenn also die Konferenz die Frage der interalliierten Schulden erörtern wolle, wäre Frankreich dazu bereit.

4. Die Pflichten Frankreichs gegenüber dem Völkerbunde können es nicht verhindern, daß es sich anderen Mächten anschließe, ob diese nun Mitglieder oder Nichtmitglieder des Völkerbundes sind, um die Rüstungen einzuschränken oder Fragen zu regeln, die dem Völkerbund obliegen.

Nach einer Havasmeldung aus Newyork richtete Briand nach seiner Ankunft eine Botschaft an das amerikanische Volk, in der erklärt wird, Frankreich sei bereit, alle seine Anstrengungen darauf zu verwenden, neue Kriege zu verhindern, vorausgesetzt, daß es nichts für seine Sicherheit zu befürchten habe. Da Frankreich mehr als irgend ein anderes Land durch den Krieg gelitten habe, sei es bereit, an der Abrüstungskonferenz in einem dem Völkerrechte und der Erhaltung des Friedens günstigen Geiste teilzunehmen.

Zum 9. November.

Von General Graf v. d. Goltz.

Zum dritten Male jährt sich der Novembersturm, der das alte Deutschland fortfegte, die ansteigende preußisch-deutsche Entwicklung der letzten 2½ Jahrhunderte zunichte machte und uns etwa da wieder anfangen läßt, wo wir nach dem dreißigjährigen Kriege waren. Aeußerlich ist es vorläufig nicht so schlimm, das Reich vegetiert noch, es herrscht ein Schein-Wohlstand, Industrie und Landwirtschaft arbeiten und deutschdenkende Kreise sorgen dafür, daß der deutsche Gedanke im Volke nicht erstirbt. Aber an den Grenzen hat man uns wie damals große Fetzen geraubt und wird das weiter tun, Frankreich arbeitet an unserem völligen Untergange, und im Innern herrscht nicht mehr der Geist von Potsdam, Wittenberg und Weimar, sondern undeutscher Internationalismus, Pazifismus, Materialismus, stumpfe Gleichgültigkeit oder bedientenhafte Unterwürfigkeit, oder gar Zusammenarbeiten mit unseren äußeren Feinden.

Da ist es natürlich, daß die Frage nicht verstummen will: Wer trägt die Schuld?

Die plumpe Lüge, den Friedenskaiser Wilhelm II. als Friedensbrecher hinzustellen, wird wohl nirgends mehr geglaubt. Immerhin wäre es dankenswert, der Welt mal eine volkstümliche Widerlegung dieser Northcliffe-Lüge an der Hand unwiderlegbaren Materials zu bringen.

So fand man einen anderen Prügelknaben, die O. H. L., besonders Ludendorff, er habe den Krieg verlängert, habe ihn militärisch verloren und die Revolution sei nur der Ausdruck des allgemeinen Volkswillens, der das längst brüchige alte Regime leicht beseitigt, den gordischen Knoten durchhauen habe.

Anfangs glaube man die Mär, obwohl man schnell merkte, daß dem gordischen Knoten der Alexander fehlte. Als aber die ganze Ideenlosigkeit der Revolution, die Unfähigkeit, etwas lebensfähig Neues zu schaffen, der wirtschaftlichen und außerpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden, immer deutlicher hervortrat, wurden immer weitere Kreise an der neuen Aera irre, und das Wort eines unserer Feinde vom Dolchstoß in den Rücken fand immer mehr Anhänger.

Wer in diesem Kampfe der Meinungen klar sehen will und nach unwiderlegbaren Beweisen sucht, lese das Buch „Der Weg zur Revolution" des Generals von Wrisberg, im Kriege Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium. Er gibt den Revolutionären darin recht, daß der Dolchstoß nicht im letzten Augenblick dem noch unversehrten Heere versetzt sei und daß die Revolution Kenner der Verhältnisse nicht so überrascht hat, wie die meisten deutschen Privatleute. Aber um so schwerer wiegt der Vorwurf, daß sie besonders seit 1917 den Siegeswillen in Heimat und Heer planmäßig untergraben haben, weil sie den völligen Sieg Deutschlands aus Parteigründen nicht wünschten. Die Sozialdemokratie hat nach dem Wrisbergschen Beweismaterial im ganzen Kriege nur ihr eigenes Parteiziel verfolgt, zur Macht zu kommen, und als sie dies im Oktober 1918 erreicht hatte, war sie außerstande, ihr Versprechen zu halten und die Massen zum letzten Widerstande aufzupeitschen, weil sie bisher selbst diesen Widerstand bekämpft hatte.

Aber fast dieselbe Schuld wie diese linken Politiker weist der General der Regierung nach mit ihren Unterlassungssünden und formal-juristischen Bedenken, ihrer Friedenspolitik gegenüber der zum äußersten entschlossenen Entente ihrem Nachgehen gegen die linken Parteien, welche den Burgfrieden mißbrauchten, ihrer Kampfstellung gegen alle deutschen Kreise, welche den deutschen Sieg als einzige Rettung vom Untergange erkannt hatten, im Gegensatz zum „Vorwärts", der u. a. am 6. November 1917 die deutschen Erfolge als Hauptfriedenshindernis bezeichnete.

Wrisberg zieht interessante Vergleiche mit den Entente-Politikern, beweist, daß selbst diese energischen Staatsmänner nur in der Hoffnung auf die zersetzende Tätigkeit der deutschen pazifistischen Hetzer den Krieg nicht frühzeitig beendet haben, so daß die Führer der linken Parteien als Kriegsverlängerer und Kriegsverlierer nachgewiesen werden.

Der Vergleich mit unseren Tagen, in denen äußere und innere Feinde ohne bei der Regierung Widerstand zu finden, am völligen Untergange Deutschlands arbeiten, drängt sich beim Lesen des Wrisbergschen Buches auf jeder Seite auf. Darum können daraus nicht bloß die rechten Parteien lernen, sondern auch die, welche einzusehen beginnen, wie sie von internationalen, d. h. deutsch-feindlichen Volksverführern betrogen sind, und daß wir endlich zu einer Interessen-Gemeinschaft aller Deutschen kommen müssen, die ihr Vaterland und ihre und ihrer Kinder Zukunft retten wollen. Vaterlandsliebe steht heute nicht hoch im Preise, aber die Interessengemeinschaft aller Deutschen in allen außerpolitischen Fragen, im Widerstand gegen das unerfüllbare Londoner Ultimatum, in der Errettung vom Bolschewismus,

Die Grenzfestsetzung in Oberschlesien

Die Grenzfestsetzungskommission hat wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in der vorigen Woche ihre Arbeiten begonnen. Sie setzt sich bekanntlich aus sieben Mitgliedern unter dem Vorsitz des französischen Generals Dupont zusammen. Der Vorsitzende hat von der Botschafterkonferenz ganz bestimmte Anweisungen erhalten, die Grenze im Gelände so klar festzulegen, daß keinerlei Schwierigkeiten bei den späteren Wirtschaftsverhandlungen auftreten können. Die Botschafterkonferenz hat ferner die Befugnis der Grenzfestsetzungskommission ganz genau geregelt. Der Spielraum, der ihr bei ihren Arbeiten gewährt wird, ist außerordentlich eng gezogen. Größere Veränderungen kann sie nicht vornehmen. Die Eckpunkte, die in Genf genannt wurden, müssen bei dem Lande bleiben, zu dem sie geschlagen sind, es sei denn, daß beide Staaten für gewisse Kompensationen bereit erklären. Die Arbeit der Grenzfestsetzungskommission beschränkt sich also im wesentlichen darauf, die rohe Skizze von Genf zu „verfeinern". Es wird eine Art Demarkationslinie geschaffen.

Die ganze neue Grenze ist in drei Abschnitte eingeteilt: der nördliche Abschnitt reicht bis zur alten preußischen Grenze bei Preußisch-Herby und reicht bis zur Straße Kattowitz—Gleiwitz. Der südliche Abschnitt erstreckt sich von der tschechoslowakischen Grenze bis zur Straße Gleiwitz-Nikolai. Das Mittelstück zerschneidet das wertvolle Industriegebiet. Die Arbeiten in dem nördlichen Abschnitt sind im Laufe der vorigen Woche erledigt worden. In dieser Woche beschäftigt sich die Kommission mit der Grenzfestsetzung im südlichen Teil, und es ist anzunehmen, daß in der nächsten Woche die Kommission an das schwierigste Stück herangehen wird. Zu diesem Zweck wird man sich voraussichtlich nach Beuthen oder Kattowitz begeben. Die deutschen Vertreter arbeiten im engsten Einvernehmen mit den oberschlesischen Gemeindebehörden, um die Wünsche der Bevölkerung nach Möglichkeit vertreten zu können.

Ueber den Beginn der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen liegt an amtlicher Stelle bisher noch keinerlei Nachricht vor. Man nimmt an, daß die Verhandlungen weder in Oppeln noch in Genf stattfinden werden.

Die Kartoffelernte 1921

Nach der Vorschätzung der amtlichen Stellen dürfte die diesjährige Kartoffelernte einen Ertrag von 26 818 000 Tonnen haben. Im Vorjahre betrug die Ernte 28 248 000 Tonnen. Wir haben daher in diesem Jahre rund 1½ Millionen Tonnen weniger zur Verfügung. Dabei wurde die diesjährige Ernte auf einer um 10% größeren Anbaufläche erzielt, als im vorigen Jahre. Für die Ernährung der Bevölkerung würden bei einer 6 Pfund-Ration etwa 5¾ Millionen Tonnen gebraucht, bei einer 7 Pfund-Ration 6½ Millionen Tonnen. Dies würde etwa ein Viertel der gesamten Produktion ausmachen. 6 Millionen Tonnen kommen ferner für die Saat in Frage, so daß mehr als die Hälfte der gesamten Erzeugung freibleibt zur Verwendung für andere Zwecke.

„Feiert den 9. November!"

Zum Kampf gegen die „Geldsackrepublik" fordern die sozialistischen Blätter anläßlich der Feier des 9. November auf. Sehr erbaulich ist die in dem Aufruf enthaltene Beschreibung der Zustände in der Republik Ebert-Wirth, in der es u. a. heißt:

„Das in wenigen Händen konzentrierte Industrie- und Bankkapital herrscht schrankenlos über das ausgebeutete, in Elend versunkene Proletariat, sabotiert die Aufgaben des zusammenbrechenden Staatshaushaltes und treibt Reich und Volk dem finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott entgegen."

Im Anschluß daran wird zu einer geschlossenen Front des Proletariats aufgerufen, wobei der Afa-Bund Groß-Berlin auf den neulich von uns schon mitgeteilten Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission, sich „zur Fortführung der Revolution" zu bekennen, hinweist.

„Es lebe die sozialistische Republik!", so schließt der von der S. P. D., U. S. P. D. und der Gewerkschaftskommission unterzeichnete Aufruf.

Vorläufig leben wir — wenigstens angeblich — noch unter der Weimarer Verfassung und damit in einer demokratischen Republik. Diese „Geldsackrepublik" soll, wie die verschiedenen Aufrufe beweisen, mittels Fortführung der Revolution durch das geschlossene Proletariat in eine sozialistische Republik verwandelt werden. Eine Veröffentlichung des Berliner Transportarbeiter-Verbandes macht dies noch deutlicher, sie sagt:

„Unsere Mitglieder sind gehalten, sich an die Beschlüsse der Berliner Gewerkschaftskommission und der Parteiorganisationen zu halten und darauf zu achten, daß diese unbedingt befolgt werden."

Wie stellen sich die verantwortlichen Behörden zu dieser unverhüllten Aufforderung zum Sturz der Verfassung? Wird die Ausnahmeverordnung auch gegen links in Tätigkeit gesetzt werden? Oder ist den Machthabern der „Geldsackrepublik" das Herz völlig in die Hosen verlackt?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111091-15/fragment/page=0001

der die notwendige Folge des Ultimatums und der Mark-Entwertung ist, sollte jeder einsehen, der mit denkender Sorge auf das Jahr 1922 blickt. Denn der drohende Untergang trifft alle Deutschen, ohne Unterschied der Partei, besonders aber die Arbeiter, das lehrt der 9. November jeden, der sehen will.

Schluß der Steuerdebatte

Deutscher Reichstag

w. Berlin, 8. November.

Auf eine **Anfrage der Deutschen Volkspartei** wegen Linderung der Not der Kleinrentner wird regierungsseitig erklärt, daß im Nachtrag zum außerordentlichen Etat 100 Millionen Mark für die Kleinrentner eingestellt seien. Auf eine weitere Anfrage der gleichen Partei wegen Aufbesserung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sowie wegen einer Beschleunigung der Arbeit für die Anerkennung der Rentner, erwiderte ein Regierungsvertreter, daß die vorgebrachten Beschwerden berücksichtigt werden würden.

Auf eine **Anfrage von deutschnationaler Seite wegen Erhöhung der Teuerungszuschläge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen** wird regierungsseitig auf die bevorstehenden Ausschußverhandlungen verwiesen. Aus den vom Reichstage bewilligten Mitteln habe die Regierung 580 Millionen Mark für die Verbesserung der Lage der Kriegsopfer **verwendet.** Bei der Beschränktheit der Mittel **könnten, wenn wirksam geholfen** werden sollte, nur die wirklich Notleidenden, das heißt die Schwerkriegsbeschädigten und die **Hinterbliebenen, berücksichtigt** werden.

Abg. Dr. **Mumm** (Deutschnat.) fragt an, ob eine Tendenzschrift des Abgeordneten Adolf Köster „Konnten wir im Herbst 1918 noch weiterkämpfen?", die von einem „Auzschuß für den Inneren Frieden" in Massen vertrieben wird, etwa mit Regierungsmitteln vertrieben würde.

Ministerialdirektor **Müller** erklärt, daß die Regierung die **Verbreitung billige und unterstütze.** (Lärm rechts.)

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) stellte wegen Aufhebung des Termins in der Strafsache gegen v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele 26 verschiedene Anfragen. Regierungsseitig wird geantwortet, der Termin sei vom Oberreichsanwalt aufgehoben worden, weil sich inzwischen die Kappisten Bauer usw. freiwillig gestellt hätten und man hoffe, die Verhandlung zusammenzulegen. Es sei ein neuer Termin gegen v. Jagow und Genossen eingesetzt worden. Der Aufenthalt des Bauer usw. sei der Regierung nicht bekannt. Die Unterstellung einer beabsichtigten Verschleppung müsse zurückgewiesen werden. Die Interpellation der Unabhängigen betreffend das Fortbestehen von Selbstschutzorganisationen wird von der Regierung demnächst beantwortet.

Auf **Anfrage des Abg. Albrecht-Magdeburg** (Unabh.) erwidert

Oberregierungsrat **Neitzel:** Ueber das in den Leunawerken bei Merseburg in Verbindung mit einem Akkordsystem bestehende Prämiensystem hat der preußische Herr Minister für Handel und Gewerbe in der 50. Sitzung des preußischen Landtages am 5. Oktober 1921 Mitteilungen gemacht. Nach diesen muß angenommen werden, daß durch das Prämiensystem in den Leunawerken, das zudem auch mit dem Reichstarif und dem Bezirkslohnabkommen für die chemische Industrie im Einklang steht, weder die Arbeitsbedingungen verschlechtert nach Gefahren für die Betriebssicherheit hervorgerufen werden. Eine Katastrophe, wie sie sich in Oppau ereignet hat, ist in den Leunawerken schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil das in Oppau explodierte Erzeugnis oder ähnliche in den Leunawerken nicht hergestellt werden. Die 56stündige Arbeitswoche ist in den ununterbrochen arbeitenden Abteilungen des Leunawerkes für die Schichtarbeiter neuerdings angeblich wegen Arbeitermangel wieder eingeführt worden. Nachdem vorübergehend in Rücksicht auf die Unterbringung Erwerbsloser auch in diesen Abteilungen die 48stündige Arbeitswoche durchgeführt war. Für Arbeiten, die nicht unterbrochen werden können und insbesondere auch an den Sonntagen weitergeführt werden müssen, ist **die 56stündige Arbeitswoche auch nach der Einführung des Achtstundentages gesetzlich zulässig.** Die gleiche Angelegenheit ist Gegenstand einer unter dem 11. Oktober 1921 im preußischen Landtag gestellten Anfrage. Aus diesem Anlaß wird, wie anzunehmen ist, die Frage von dem in erster Linie zuständigen preußischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe eingehend untersucht werden. Das Reichsarbeitsministerium ist daher zu einer endgültigen Beantwortung dieses Teiles der Anfrage nicht in der Lage.

Es folgt die Fortsetzung der

Besprechung der neuen Steuergesetze

Reichswirtschaftsminister **Rob. Schmidt:** Nach Annahme des Ultimatums trat eine Besserung der Valuta ein. Wir haben dies ausgenutzt, aber neue Ereignisse griffen stürmisch ein. Staatssekretär Hirsch hat seinerzeit den Sturz der Mark, der eintreten würde, wohl vorausgesehen, aber daß dieser Sturz so weit gehen würde, hat niemand gedacht.

Abg. Dr. Becker (D. Vpt.) bedauert, daß der Reichswirtschaftsminister versucht habe, den Staatssekretär Hirsch abzuschütteln. Zweifellos hat Herr Hirsch nachzuweisen sich bemüht, das Ultimatum als erfüllbar zu bezeichnen. Redner kritisiert die Art und Weise, wie der Abg. Braun gegen den Minister aufgetreten sei. Klarheit über Ziele und Absichten ist uns jedenfalls nicht gegeben worden. Wenn das Reich nun auch in die Grund- und Gewerbesteuern eingreift, nimmt man den Ländern die letzten Hilfsquellen. **Wir müssen unterscheiden zwischen dem eigenen Bedarf und dem des Ultimatums. Der innere Bedarf erfordert im Ordinarium 59 Milliarden, denen an Einnahmen 61 Milliarden gegenüberstehen. Das Extraordinarium erfordert aber noch 29 Milliarden, so daß selbst, wenn die Steuern erhöht werden, ein Defizit von 30 bis 40 Milliarden bleibt. Aus** diesem werden wir ohne die alte preußische Sparsamkeit niemals herauskommen. Noch heute sind bei Post und Eisenbahn Zehntausende von Beamten zu viel beschäftigt. Z. B. hatte die Eisenbahn 1919 51,5 Prozent mehr Beamte und Arbeiter als 1913. Dabei ist die Zahl der geleisteten Wagenkilometer um 48 Prozent zurückgegangen. **Das Ultimatum ist unerfüllbar.** Bewiesen ist dies durch den Sturz der Mark in Verbindung mit der wahnsinnigen Devisenspekulation. Redner findet es skandalös, von der Reichstagstribüne aus im Auslande den Eindruck zu erwecken, als scheitere die Erfüllbarkeit des Ultimatums an unserm guten Willen. (Zustimmung rechts. Protest links.) Die Arbeitslosigkeit im Auslande ist lediglich die Wirkung der dort geübten falschen Praxis uns gegenüber. Redner geht dann auf die **Steuervorlagen** im einzelnen ein. Auch seine Partei stoße sich nicht an den Steuern selbst, sondern nur an der Art und Weise, wie sie erhoben werden sollen. Wir werden die neuen Steuern mitberaten, ohne uns irgendwie festzulegen. Wir beantragen für die Berechnung nach dem Ertragswerte statt dem Grundwerte und stimmen hier mit dem Zentrum überein. Ebenso bedarf die Vermögens- und die Zuwachssteuer peinlichster Beratung im Ausschusse. Das Gleiche gilt für die Körperschaftssteuer, die zwar erhöht werden kann, deren Bestand man aber nicht durch zu starke Aderlasse gefährden kann. Wir werden nicht dazu die Hand bieten, daß durch Erfassung des Sachwertes das Sachvermögen ebenso dezimiert wird wie das Kapitalvermögen durch das Sinken der Mark.

Abg. Dr. **Hertz** (U. S.): Die jetzige trostlose Lage auf die Annahme des Ultimatums zurückzuführen, ist ein Verbrechen. Der Rückgang der Mark schädigt die Arbeiterklasse aufs schwerste. Die Kreise der Industrie und Landwirtschaft profitieren. Das Reich darf nicht mehr neue Zahlungsverpflichtungen mit der Notenpresse befriedigen. Eine ganze Reihe neuer Steuerquellen werden erst 1923 zu fließen beginnen. Der Sturz der Mark muß sofort aufgehalten werden. Darum fordern wir: **1. Sofortige Einziehung des Reichsnotopfers in drei beschleunigten Raten; 2. schleunige Einziehung aller bisherigen Besitzsteuern; 3. sofortige Verabschiedung der Kapitalverkehrssteuern mit Abänderung der Sätze für die Devisenspekulation; 4. eine Devisensteuer bis zu 15 Prozent, eine Erhöhung der Einfuhrabgabe auf 4 Prozent und Einziehung der von Deutschen im Auslande deponierten Devisen.** Das Steuersystem ist bei uns allerdings unübersichtlich. Da kann nur der Eingriff in die Sachwerte helfen. Die Angst vor diesem Eingriff hat die Industrie zu ihren Anleiheversuchen veranlaßt. Als das Ausland aber Miene machte, auf das Angebot einzugehen, hat die Industrie die Verhandlungen zum Scheitern gebracht. (Zustimmung links.)

Reichsfinanzminister **Hermes** weist darauf hin, daß die **Steuervorlagen von der Sozialdemokratie bewilligt** worden seien, bevor sie dem Hause vorgelegt wurden. Auf die Frage, ob die Reichsregierung noch weitere Steuerpläne habe, insbesondere solche mit Bezug auf die **Erfassung der Goldwerte,** erwidert der Minister, daß **die Regierung Steuern nehmen wolle, wo sie solche bekommen könne,** daß er aber im übrigen von Industrie und Landwirtschaft selbst positive Vorschläge erwarte. **Obwohl auch er die Unmöglichkeit der Erfüllung einsehe, trete er doch dafür ein, unter Anstrengung aller Kräfte zu versuchen, das zu erfüllen, was wir können.** Als eine Illusionspolitik könne er das nicht ansehen. — Der Grundsatz nach einer möglichst einfachen Gestaltung der Steuergesetzgebung entspreche auch seinen Intentionen, nur müßten die Abgeordneten selbst dafür sorgen, daß nicht durch stets neue Anfragen der Wust der Verordnungen sich ständig vergrößere. **Die zum 15. November fällige Rate der Reparationen betrage rund 275 Millionen Goldmark, sei aber durch Sachleistungen bereits abgegolten.**

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Abg. **Höllein** (Komm.): **Das Ergebnis der bisherigen** Steuerdebatte und die **Eröffnungen des Ministers** bedeuten das Todesurteil der besitzenden Klasse. Die Steuervorlagen der Regierung sind nicht geeignet, alle Steuerquellen zu erschöpfen. Sie richten nur den Arbeiter zugrunde und sind insofern ein Raubbau an der deutschen Kraft. Es handelt sich hier nicht lediglich um eine Finanzkrise, die mit Quacksalbermethoden behandelt werden kann, und aus dieser Krise gibt es kein Entrinnen mehr. Es ist dies der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems. (Während der Ausführungen des Redners haben die meisten Abgeordneten bis auf etwa zwanzig den Saal verlassen.) Der Redner greift scharf die Sozialdemokraten an, deren größtes Verbrechen es sei, daß sie nach dem Kriege die Macht des Proletariats um ein paar Ministersessel verraten haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten, in das auch Reichstagspräsident Loebe einstimmt.) Das Steuerprogramm der Regierung ist nur ein Spiegelbild der Görlitz-Politik und zeigt, daß man mit Stinnes gemeinsam gegen die Arbeiter vorgehen will. Während die Besitzsteuern völlig ungenügend sind, soll durch die gewaltige Steigerung der indirekten Steuern den breiten Massen das letzte Mark aus den Knochen gesogen werden. Wir werden die neuen Verbrauchersteuern aufs schärfste bekämpfen.

Abg. **Kurt Geyer** (Komm. Arb.-Gem.) **polemisiert** gegen die beiden Rechtsparteien und gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Stellungnahme zur Finanzpolitik und den Reparationsverpflichtungen, übt aber andererseits auch scharfe **Kritik** an dem Steuerprogramm der Regierung.

Damit ist die Beratung beendet. **Die sämtlichen Steuergesetzentwürfe** werden drei verschiedenen Ausschüssen überwiesen.

Nach längerer **Geschäftsordnungsdebatte wird** beschlossen, die nächste Sitzung am Donnerstag, den 10. November, 1 Uhr nachmittags, abzuhalten, mit der Tagesordnung: Interpellation über die Deutschen Werke, Entwurf zur dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Zum Jahrestage der Revolution

Der Kapitänleutnant Fikentscher schreibt in einem im Verlage von Bath-Berlin erschienenen Beitrage zur Geschichte der Revolution: „Als er am 30. Oktober abends an Bord der „Thüringen" im Auftrage des Kommandanten die Meuterer zur Pflicht zurückrufen wollte und, die vollkommen dunkle Vorbatterie betretend, in den erregten Haufen hineinfragte: „Was wollen Sie?" — da ertöne nach einer langen Pause aus einer Ecke der schrille Ruf: „Wir wollen Erzberger!", worauf gröhlender Beifall und ein Bombardement mit Trinkgefäßen usw. einsetzte. „Erzberger" hieß also die Parole, mit der deutsche Matrosen — nicht siegten oder starben, aber meuterten und ihr Vaterland verrieten."

Einsturz eines Kirchturms. Am Sonntag gegen 4 Uhr stürzte infolge des furchtbaren Sturmes in Elsdorf bei Düren der Turm der Pfarrkirche ein. Er schlug auf das Mittelschiff und den Chor und begrub zwölf Mädchen unter sich, die nach Beendigung der Andacht wegen des heftigen Regens noch zurückgeblieben waren. Fünf konnten nur als Leichen geborgen werden, während die anderen mit mehr oder minder schweren Verletzungen davonkamen. Die Kirche bietet in ihrer Zerstörung einen grausigen Anblick.

Neue Erniedrigung! Wie die meist gut unterrichtete „Germania" aus parlamentarischen Kreisen hört, kam in dem Reichstagsausschuß für Sozialpolitik auch zur Sprache, es drohe die Gefahr, daß die Entente eine Ueberwachungskommission in das deutsche Finanzministerium setzen werde, welche die deutschen Maßnahmen für die Sozialversicherung überprüfen und darauf achten werde, daß keine Einrichtung unserer Sozialfürsorge weiterginge und besser sei, als in dem bezüglich der Sozialgesetzgebung am wenigsten vorgeschrittenen Lande der Entente.

„Der Medderkoog"

17] **Schleswig-Holsteinscher Roman**

von

Henriette von Meerheimb (Margarete Gräfin von Bünau)

Torp galt überdies für rachsüchtig und schadete Christian vielleicht, dessen direkter Vorgesetzter er war. Nein, es war besser, nichts zu verraten. Auch Lotte mußte auf irgendeine Weise dazu gebracht werden, ihren Plappermund zu halten.

Der Gedanke an Lotte rief ihr die übrigen jungen Damen auf der Veranda in die Erinnerung zurück. Die armen Dinger vergingen gewiß vor Neugier und Ungeduld.

„Ich habe eine reizende Idee." Karin machte sich aus Christians Armen frei und sprang rasch auf. „Lottes beste Freundinnen sind zufällig alle hier — Ebba Usedom, Helga Brahe, Amely Danske und noch ein paar Backfische aus der Pension. Wir schicken schnell den Diener in die Kaserne und bitten zehn bis zwölf von deinen jüngeren Regimentskameraden her. Dann können wir unsere Verlobung mit einem kleinen Ball feiern." Sie faßte ihr weites Kleid in beide Hände und machte ein paar lustige Tanzschritte. „Ueber Tanzen geht nichts. Könnten nicht ein paar Husaren von der Regimentskapelle kommen und blasen?"

„Warum nicht? Das läßt sich alles einrichten — wenn dein Vater einwilligt!"

„Oh, Papa!" Sie lächelte und zeigte dabei ihre weißen Zähne. Keine Schnur Perlen konnte regelmäßiger sein. „Papa tut schließlich immer alles, was ich will." Sie tanzte zur Tür. „Papa! Christian und ich sind ganz einig, und heute abend wollen wir tanzen. Wir schicken in die Kaserne. Sprich du rasch mit dem Diener. Im Saal müssen Lichter aufgesteckt und die Bezüge von den Möbeln genommen werden. Mamsell hat die schreckliche Mode, im Sommer alles in Mullsäcke zu stecken. Das machen wir nicht nach — Christian, hörst du?"

Graf Holm, der noch eine ernste Auseinandersetzung mit Christian erwartete, war einigermaßen überrascht, wie spielend schnell Karin Reventlows Widerstreben besiegt hatte, wie leicht sie die ganze Sache nahm. Er wollte etwas entgegnen, aber Graf Moltke ließ ihn nicht dazu kommen.

„Das ist vernünftig, lieber Reventlow", sagte er und klopfte dem jungen Offizier freundlich auf die Schulter. „Ein schneidiger Reiter nimmt jedes Hindernis. An bärbeißige Väter muß man sich nicht kehren — die werden mit der Zeit schon zahm. — Schneide kein so verdrossenes Gesicht, Holm, gib deinem Schwiegersohn die Hand. — Sieh nur mal, wie die blauen Augen deiner Karin dich anlachen! — So, nun ists abgemacht. Dem König von Dänemark ist ein eleganter Offizier und uns ein lieber Verwandter gesichert."

Er streckte dem jungen Grafen die Hand hin. Christian legte die seine etwas zögernd hinein. Im Hause seines Vaters sprach man den Namen des Grafen Karl Moltke nicht mit Hochachtung aus. Aber heute benahm sich der doch wirklich reizend gegen ihn und ebnete ihm und Karin die Wege.

„Nun also, wenns denn nicht anders sein soll!" Graf Holm seufzte. „Ihr junges Volk tut ja doch, was ihr wollt. So tanzt also meintwegen nach Herzenslust und erzählt euren Freunden eure Verlobung. — Sehen Sie zu, wie Sie mit Ihrem Vater zurechtkommen, lieber Reventlow."

Aber der hörte kaum noch, was Graf Holm sagte, sondern schrieb eifrig nach Karins Angaben Einladungen für die Kameraden und einen Befehl an die Regimentsmusik.

„Soll ich Torp auch einladen? Er wohnt nicht weit von der Kaserne."" Christian drehte den Bleistift unschlüssig in den Fingern hin und her.

Karin dachte nach. Dann schüttelte sie den Kopf. „Ach nein — lade den lieber nicht ein. Torp ist zu alt für die jungen Dinger. Er würde sich langweilen und sie nur einschüchtern mit seiner spöttischen Miene." —

„Wie du willst." —

Der Jubel von Lotte und ihren Freundinnen war unermeßlich, als sie hörten, daß getanzt werden sollte. Sie erdrückten Karin fast mit ihren dankbaren Umarmungen. Dann machten sie sich zur Verzweiflung der Mamsell und der übrigen Dienerschaft nützlich, rissen die Mullbezüge von den Möbeln herunter, knäulten sie in irgendeinem Winkel des Saales zusammen und rupften die Blumen im Garten ab. In alle Vasen und Schalen wurden schwerduftende Jasminzweige und Rosensträuße gesteckt. Für sich selber wanden sie nach Karins Angaben schmale Tausendschönkränze, denn Blumenkränze mußten sie heute auch haben — anders taten sies nicht. Alle zupften an ihren Kleidern. Schade, daß die nicht rasch ein bißchen länger werden wollten, sondern nur bis zu den Knöcheln der zierlichen Füßchen reichten! Aber um so besser ließ sich tanzen — tanzen auf diesem spiegelblanken Parkett mit den blauen Husaren, die man bis jetzt nur scheu aus der Ferne, hinter den trüben Pensionsfenstern, anstaunen durfte. War solches Glück zu fassen?"

Sie sahen reizend aus, diese jungen Mädchen, als sie endlich paarweise in den Saal schwebten. In den offenen, zu Locken gedrehten Haaren trugen sie die dünnen Tausendschönkränze. Die zarten Arme waren entblößt, die geblümten Musselinkleider flogen um die schlanken, jugendlichen Glieder.

Karin gruppierte sie rasch in den Ecken des großen, hellerleuchteten Saales und gab jeder einen dunkel- oder helllila Friststengel in die Hand. Sie selbst stand als Königin des Festes mit ihrem Bräutigam in der Mitte und erwartete die Gäste.

Die Türen und Fenster blieben weit offen. Es war ein warmer, blütenduftiger Sommerabend. Der würzige Balsamduft der jungen Pappeln, die den Amalienborgplatz umstanden, und der süße Mandelgeruch der blühenden Traubenkirsche aus dem schmalen Vorgarten drang ungehindert herein.

Graf Holm und Karl Moltke hielten sich im Nebenzimmer auf, um mit ihren dunklen Röcken den farbenfreudigen Eindruck des Saales nicht zu stören.

Die eintretenden Offiziere blieben auch ganz entzückt stehen. Der erste Eindruck dieses blumengeschmückten, hellen Raumes mit all den jugendlichen Mädchengestalten überwältigte sie förmlich, obgleich man durch Karins poetische Einfälle an allerlei Ueberraschungen bei Holms gewöhnt war.

Die Verlobung erregte kein großes Staunen, aber desto mehr Freude. Christian mußte viele Hände schütteln, Karin Handküsse und Gratulationen über sich ergehen lassen.

Die Musiker, die hinter Orangenbäumen versteckt saßen, bliesen einen Tusch und gingen dann in die Melodie eines wiegenden Walzers über.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111091-15/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 9. November.

Der Neunte!

Vergeßt ihn nicht, so lange Ihr lebt. Diesen Neunten, im Kalender schwarz ist, weil er das Unglück über das terland brachte. Der aber in Halle rot ist, wie ein Tag rot sein kann. Und doch eigentlich: nur rot sein soll! Wahrheit ist in den drei Jahren schrittweise vorwärts angen und hat mit Eisenschlägen die Lauen aufgerüttelt, damals im glorreichen Durcheinander nicht wußten, wo- sie gehörten. Horcht nur einmal hinein in jene Parteien, die Angst um sie steht, daß die „Errungenschaften der olution" verloren gehen würden. „Agitiert für den November", so hieß es schon vor Wochen. Agitiert! Für en Feiertag ruhmvollen Gedenkens agitieren! Als wenn nicht aus den Herzen flammen müßte, ungewollt zu nem großen Jubel, so — wie Lettow begrüßt wurde, sendfach jubelnd! Das ist Feiern aus voller Seele! er das ist ihnen fremd. Agitieren und aufpeitschen in rufen und Leitartikeln zum „Feiertag des Neunten". ie Krönung des Werkes der Befreiung der Arbeiterklasse ht noch aus, sorgt für das Zustandekommen eines würdi- n Revolutionsgedenktages!" Gesetze sollen den Feiertag wingen, brutale Diktatur soll die Arbeiter aus den Be- eben zum Gedenken treiben: „Sorgt für rechtzeitigen Be- ebsschluß"! Sorgt, sorgt — so gezwungen ist das alles unfreiem Willen. Nichts klingt darin von fröhlichem iern, selbstgewollter Arbeitsstille, ruhigem Gedenken, chts von Feiertagen und stillem Erinnern. Die Peitsche hroter Redner geißelt die Betrogenen, daß sie wieder die ust ballen und „Nieder!" schreien. Wie groß, wie edel d in Worten die Apostel jener Scharen, die nur vom ealismus der Masse reden. Und was bringen sie als Feier m Volk? Man hat Umzüge in den Vorjahren gemacht und milienfeste, man plante auch einmal ins Theater zu gehen d in einer Vormittagsfeier der „Revolution" zu gedenken. rbei das alles. Heute sorgt man sich überhaupt schon um s Zustandekommen eines würdigen Revolutionsgedenk- ges! Gelegenheit, die Massen zu betäuben, ihnen draußen „Volkspark" wieder das vorzureden, was das Leben täg- h, stündlich, immer und gerade jetzt Lügen straft. Doch sie d auf dem Weg der Besinnung. Durch Not und durch der einde Wahn. Selbst hier, hier in Halle! Und das will el sagen.

Ihr aber, Ihr anderen, vergeßt den Neunten nicht, lange Ihr lebt! **

Umsatzsteuer

Vom Finanzamt Saalkreis wird uns geschrieben:

Durch das zur Zeit dem Reichsrat im Entwurf vorliegende setz betreffend Abänderung des Umsatzsteuergesetzes vom Dezember 1919 sollen die Steuerpflichtigen verpflichtet rden, innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalender- rteljahrs eine Vorauszahlung zu leisten, sofern nicht inner- lb dieses Zeitraums die Umsatzsteuer selbst fällig wird. Diese rauszahlungen sind — die Anahme des Entwufs voraus- setzt — erstmalig im Laufe des Monats April 1922 zu leisten; ßerdem haben die Steuerpflichtigen im Jahre 1922 innerhalb reier Wochen nach Bekanntgabe des Steuerbescheids die all- meine und erhöhte Umsatzsteuer 1921, für welche der Steuer- schnitt mit Ablauf des Jahres 1921 endet, zu entrichten. Da e Steuererklärungen für diese Steuer erst im Monat Januar 22 abzugeben sind und die Veranlagungen nur zum Teil im sten Vierteljahr 1922 beendet sein werden, so müssen die euerpflichtigen damit rechnen, im April 1922 die allgemeine msatzsteuer 1921, erhöhte Umsatzsteuer für 1921, allgemeine und höhte Umsatzsteuer aus früheren Steuerabschnitten, welche bis- r noch nicht veranlagt war, ferner die in dem Entwurf vor- sehenen Vorauszahlungen entrichten zu müssen.

Es empfiehlt sich daher für die Steuerpflichtigen, bei Zeiten rkehrungen zu treffen, daß Schwierigkeiten, die sich aus dieser äufung der Verpflichtungen ergeben können, vermieden werden. nsbesondere empfiehlt es sich, schon jetzt auf die für 1921 zu ntrichtende Umsatzsteuer freiwillige Vorauszahlungen zu leisten. olche Vorauszahlungen werden von den Hebestellen für Um- satzsteuer jederzeit in den Geschäftsstunden angenommen. Sie rden vom Tage der Zahlung ab bis zur Fälligkeit der Steuer, ndestens jedoch bis zum Ablaufe dreier Monate nach Schluß s Steuerabschnitts, also bei der allgemeinen Umsatzsteuer in r Regel bis längstens 31. März des auf den Steuerabschnitt lgenden Jahres, zu 5 vom Hundert verzinst. Zahlungen immt die Finanzkasse Saalkreis in Halle a. S., Reil- aße 128, entgegen. Die Kasse hat Reichsbankgirokonto Halle S. und Postscheckkonto Erfurt Nr. 4681.

Die deutschnationale Beamtenschaft zur Neu- regelung der Besoldungsordnung

Jeder Beamte der alten Schule muß es schmerzlich empfinden, ß dieses Thema vor der breiten Oeffentlichkeit erörtert wird. achdem aber jetzt die amtlichen Stellen, gegen alles Her- mmen, in nicht zu verkennender Absicht durch Veröffentlichung r beabsichtigten Besoldungsregelung große Unruhe in Be- mtenkreise getragen haben, tragen auch wir keine Bedenken, fzuklären.

Neben den „zuständigen Stellen" sind es aber auch andere räfte, wie u. a. die Ausführungen in Nr. 395 der „Saale- itung" vom 25. August d. J. zeigen, die den Beamten immer ieder einreden wollen, die letzten Besoldungsgesetze hätten nen eine Erhöhung der Bezüge gebracht, mit der die Beglückten r wohl zufrieden sein könnten, und dann aber auch wieder e Schuld an dem jetzigen Elende in den Kreisen der Fest- soldeten dem „alten System" in die Schuhe schieben wollen. eiter bezwecken derartige Auslassungen Zwiespalt in die Be- mtenschaft zu tragen. Der Erfolg ist offensichtig. Am 1. d. M. nden wir die neuen Gehaltssätze in den Zeitungen. Schon am legte der Vorwärts mit Ausspielen der einzelnen Beamten- uppen gegeneinander los. Andere linksgerichtete Blätter sind folgt.

Und nun zur Aufklärung. Alle Behauptungen von ner Erhöhung der Beamtengehälter sind unzu- reffend. Nur die Zahlen, die Summen, mit dem Einkommen s vorfeldgrauer Zeit zu vergleichen, ist irreführend. Einer äuschung kommt es nahe, die in die Augen fallenden Gehalts- sätze der höheren Gruppen anzugeben, aber dabei zu ver- schweigen, daß z. B. von einem Einkommen von 80 000 Mark nd 24 000 Mark Einkommensteuer abgeht. Es wird auch ver- schwiegen, daß es in jeder Provinz nur ganz wenige Beamte bt, die dieses oder ein höheres Grundgehalt beziehen. Der ergrößte Teil der akademischen Beamten muß sich gleich allen brigen Bamten mit bedeutend geringeren Sätzen zufrieden ben.

Auch wir verwerfen die beabsichtigte Neuregelung. ang entschieden müssen wir an unserer alten Forderung fest- alten, zunächst für die Beamten in Gruppe I ein Existenz- minimum festzusetzen und auf diesem die Besoldungsordnung fzubauen. In der vielgeschmähten alten Zeit hatte jeder Beamte ein Einkommen, mit dem er schlecht und recht aus- kommen konnte. Dieses alte Einkommen unter Berücksichtigung der Währung muß heute zu Grunde gelegt werden. Wir wollen uns dabei nicht einmal an die sogenannten Indexzahlen oder an unsere Valuta klammern. Letztere ist lediglich nur der Ausdruck der „Wert"schätzung, die das Ausland dem Deutschland von heute zuteil werden läßt. Auch die Indexzahlen sind un- zuverlässig. Gangbar ist nur der Weg, das alte Einkommen auf dem Goldkurs der Reichsbank umzurechnen. Die letzte amt- liche Bekanntmachung der Reichsbank notierte das 20-Markstück mit 540 Papiermark. Es waren etwa 6 Stück dieser wohl- klingenden Münzen, die der Beamte in der untersten Gruppe monatlich in Empfang nahm. Die Umrechnung — wir empfehlen jedem Beamten, das Exempel zu machen — würde etwa das Existenzminimum, von dem wir oben sprachen, er- geben. Hiermit wird nicht nur jede Behauptung von einer bis- herigen Gehaltserhöhung entkräftet, sondern sogar der Gegen- beweis erbracht, nämlich der, daß die Beamtenschaft in ihrer Gesamtheit von der heutigen Regierung auf Halbsold und weniger gestellt worden ist. Die Männer der Neuzeit hatten es ja in der Hand, etwaige Unschönheiten des alten Besoldungs- systems auszugleichen aber — man will ja keine zufriedenen Beamten.

Wie scharf von deutschnationalen Abgeordneten — wir nennen nur den Namen Herrmann — gegen jede Staffellung der Teuerungszulagen Front gemacht worden ist, ist bekannt. Die Staffellung ist wohl gefallen, aber das, was wir forderten, eine Teuerungszulage in gleicher Höhe für alle Beamten, bringt uns die neue Regelung auch nicht. In diesen beiden Punkten werden die Abgeordneten der deutschnationalen Volkspartei für die Beamtenschaft eintreten.

Zu begrüßen ist es, daß die neuen Grundgehälter auch der neuzuberechnenden Bezügen der Pensionäre und Hinterbliebenen zu Grunde gelegt werden sollen. Ebenso freudig begrüßen wir die beabsichtigte Gleichstellung der Pensionäre usw. des Reichs mit Preußen. Nicht nur erhoffen, sondern fordern müssen wir, daß auch bei den Gemeindebeamten sofort eine Neuregelung ihrer Bezüge eintritt und die erste Auszahlung zu demselben Zeitpunkte, wie im Reiche erfolgt.

Schwurgericht

Der ungetreue Postbeamte.

Der Postschaffner Hermann Fiedler in Halle, geboren 1882, war des versuchten Betruges angeklagt. Fiedler ist seit 17 Jahren im Dienste gewesen. Er hatte auf dem Bahnhofe die Pakete aus- und einzuladen und die angekommenen durch einen Tunnel nach dem Postamt 2 in der Thielenstraße zu befördern. Eines Tages ist nun, wie der Angeklagte erzählte, ein Paket aus Hamburg eingegangen, aus dem Strickwolle hervorgesehen hat. Da er verheiratet und Vater von sieben Kindern ist, hat er sich die Wolle aneignen wollen; es wurde freilich offenbar, daß er von seiner Familie getrennt lebt. Um das Paket in seinen Besitz zu bekommen, hat er eine neue Anschrift drauf- geklebt, damit das Paket an eine ihm befreundete Frau ge- langte. Da bei dem Aufkleben der neuen Adresse auch die Nummer und die Abgangsstation des Paketes überklebt war, so hatte die Post nicht die Möglichkeit, den Absender des Paketes anzugeben und ließ vorsichtigerweise bei der Abgabe des Paketes, die mit einer Notadresse erfolgen mußte, bei der Empfängerin anfragen, wer der Absender sei. Die Frau nahm das Paket aber nicht an und behauptete, sie habe nichts zu erwarten, worauf es dann an die Post zurückging; dann kam die Sache ans Tageslicht. Trotz des Geständnisses des Angeklagten ver- neinten die Geschworenen die Beiseiteschaffung, Beschädigung oder Verfälschung einer Urkunde, sprachen den Angeklagten aber schuldig des versuchten Betruges unter Zubilligung mildernder Umstände und der Unterdrückung des Paketes. Das Gericht verurteilte ihn dann zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre bei sofortiger Verhaftung.

— **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke**, Salzgrafenstraße 1, zählte im Monat September 135 Erstuntersuchungen, darunter mehrere Angehörige der Saalkreiskrankenkasse und mehrere vom Wohlfahrtsamt des Saalkreises überwiesene Kranke. Auch andere Kreise unserer Provinz wie Merse- burg und Querfurt bedienen sich von Zeit zu Zeit der Ein- richtung der Halleschen Lungenfürsorgestelle. In den letzten Monaten wurde die Fürsorgestelle auch wiederholt von Schwestern und Leitern aus anderen deutschen Fürsorgestellen — wir er- wähnen Stettin und München — aufgesucht, die durch vergleichs- weise Beobachtungen die Fürsorgearbeit fördern wollten. An Hilfeleistungen wurde Folgendes ausgeführt bezw. vermittelt: Nahrungsmittel wie Fleisch, Büchsenmilch, Malzextrakt, Leber- pastete in 71 Fällen. b) Heilstättenkuren, Krankenhausauf- nahmen, Erholungsheimkuren, Landaufenthalt, Schulbefreiung in 24 Fällen c) Geldunterstützungen wurden aus eigenen Mitteln 3060 Mark gegeben, Zuschüsse zur Miete bei sehr Familien gezahlt. d) Sachunterstützungen wie Bettstellen. Betten, Matratzen wurden in vier Fällen abgegeben. Kohlen 120 Zentner. Im allgemeinen hat sich infolge der wirtschaftlichen Lage das Bedürfnis nach Unterstützung bei unseren Kranken und ihren Angehörigen außerordentlich gesteigert. Die Röntgen- abteilung wurde 184 mal in Anspruch genommen, Blutfarbstoff- untersuchungen wurden 100 mal durchgeführt. Hausbesuche und Dienstwege führten die Schwestern 571 mal aus und Impfungen nach Pirquet 122. Offene Tuberkulose standen 440 in Be- obachtung.

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Mittwoch, den 9. November, 8 Uhr Zusammenkunft im „Evangelischen Vereins- haus", Mittelstraße. Tagesordnung: 1. Rückblick und Ausblick. 2. Völkischer Opfermonat. 3. Kreistagung des Kreises Merse- burg. 5. Die ernsten Bibelforscher. 6. Beitragswesen. 7. Stadtbezirke.

— **Protestversammlung gegen die Erschwerung der Außen- reklame in Halle.** Vortrag des Herrn Dr. Riecke-Berlin. Freie Aussprache. Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr im „Stadtschützenhaus", Franckestraße 1.

— **Deutscher Gewerkschaftsbund.** Am Mittwoch, den 9. Nov., 8½ Uhr abends, ist für die „Deutschen Gewerkschaften" eine Sonderveranstaltung der Friedensvertrags-Aus- stellung von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur an- gesetzt. Neben der Führung durch die Ausstellung und der Vor- führung der Filme wird ein Vortrag des bekannten Wirtschafts- politikers, Herrn Dr. Croll-Berlin, stattfinden über das Thema: „Selbsterlösung des deutschen Volkes". Bei der hohen Bedeutung der zu behandelnden Fragen kann nicht genug auf diese Veranstaltung hingewiesen werden.

— **Landesanstalt für Vorgeschichte** (Provinzialmuseum). Jah- reslaufspiel: Jahresende — Totenfest, Sonntag, den 13. Novem- ber und Mittwoch, den 16. November, vormittags 11 Uhr und nach- mittags 4 Uhr. Numerierter Sitzplatz 3 M., Stehplatz 1 M. Ein- führungsvortrag: Freitag, den 11. November, 6½ Uhr, Hörsaal der Landesanstalt (Eingang Richard-Wagnerstraße). Eintritt 1 M. Kartenverkauf Freitag und Sonnabend 8—1 Uhr beim Haus- meister. Während der Vorführungen sind die Ausstellungsräume des Museums nicht zugänglich.

— **Lieder- und Balladenabend von Kammersänger J. von Raatz-Brockmann:** Mittwoch, den 9. November, in der Degenloge. Wir möchten die Konzertfreunde auf diese Veranstaltung des in Halle bestens bekannten Künstlers noch einmal aufmerksam machen. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

— **Violin-Konzert von Philipp Braun-Plendel.** Dieser Künstler, ein Geiger von feinem Stilgefühl und lieblicher Ton- gebung, gibt am Freitag, den 11. November, in der Türmeloge (Albrechtstraße) einen Konzertabend. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

— **Lautenliederabend von Sepp Summer im Saal der Degen- loge:** Donnerstag, den 10. November. Sepp Summer hat sein Publikum so in der Gewalt, daß es ihm auch in die höheren Re- gionen des Kunstliedes willig folgt. So singt nur ein echter, öster- reichischer Künstler, schreiben die Kritiken über ihn. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

— **Ein Lieder- und Duettenabend** wird am Sonnabend, den 12. d. M., im Mozartsaale zum Besten des Viktoria-Luise- Heimes veranstaltet. Zwei junge Hallesche Künstlerinnen, Anne- Liese Bertram (Sopran) und Magdalene Schomburg (Alt), wer- den Lieder und Duette von Händel, Franz, Schumann und Brahms singen. Karten bei Heinrich Hothan.

— **Severin Eisenberger**, dem Halleschen Musikpublikum von seiner pianistischen Mitwirkung bei früheren Kammermusiken bestens bekannt, kommt am Montag, den 14. November, nach langer Pause wieder nach Halle und wird seine Zuhörer wie überall, so auch hier begeistern. Karten bei Heinrich Hothan.

— **Zoologischer Garten.** Donnerstag, den 10. November, findet der erste gesellige Abend für Dauerkarteninhaber statt. Zuerst wird gute Musik geboten. Dann hält Herr Direktor Dr. G. Knievsche einen Vortrag: „Aus der Kinderstube der Tiere". Dabei werden Lichtbilder von zahlreichen lebensfrischen Jung- tieren vorgeführt. Dadurch sollen die Abonnenten, deren Freunde und Bekannte unsere einzelnen Tiere näher kennen lernen. Zum Schluß des Abends wird getanzt werden.

— **Kirchenmusik.** Der Kirchenchor der Bartholomäusgemeinde (Leitung: Organist Henkel) veranstaltet am Sonntag, den 13. November, abends 7½ Uhr, in seiner Kirche zu Halle-Giebichen- stein eine kirchenmusikalische Aufführung. Der leitende Gedanke dieser Kirchenmusik ist das geistliche Abendlied. Der Chor bringt neben Chorälen Abendlieder von A. P. Schulz, Max Ludwig, Mendelssohn usw. Eine besondere künstlerische Bereicherung er- fährt das Programm durch das Mitwirken von Frl. Else Mar- tin (Sopran) und Herrn Prof. Dr. Schering (Geige). Frl. Martin singt Abendlieder von Schubert, Reinecke, Reger usw., Herr Prof. Dr. Schering spielt Bach und Schumann. An Orgel- vorträgen (Org. Henkel) weist das Programm Präludium und Fuge A-moll von Bach und die Choralphantasie von M. Reger „Ein' feste Burg ist unser Gott auf. — Das Programm kostet 5, 3 und 2 M. und berechtigt zum Eintritt. Vorverkauf in der Küsterei Pestalozzistraße 4, sowie im Geschäft der Herren Mö- senthin (Burgstraße), Frauendorf (Richard-Wagnerstraße), Grund- mann (Adolfstraße), Rothe u. Höschel (Reilstraße). Der Rein- ertrag des Abends ist zur Deckung der Kosten zur Instandsetzung der Orgel (Orgelprospekt) bestimmt.

— **Eine evangelische Jugendwoche** gedenkt der Kreisverband evangelischer Jungmännervereine in Halle vom 10. bis 13. No- vember durchzuführen. Der Reichssekretär des Reichsverbandes der evangelischen Jungmännerbündnisse Deutschlands, Dr. phil. Horch-Leipzig, wird in 5 Vorträgen in das Zentrum evan- gelischer Jugendbewegung einführen. Der Kreisverband wendet sich an alle ernsthaften jungen Männer unserer Stadt, welcher Jugendgruppe sie auch angehören mögen, mit der Bitte: Kommt und erörtert mit uns die tiefsten Fragen, die uns alle einen, um in religiöser und sittlicher Beziehung am Wiederaufbau unseres Volkes zu arbeiten. Wir sehen in der Jugend viel Ringen mit diesem Problem und möchten an unserem Teile helfen, zur Klar- heit zu kommen. Folgende Vorträge werden gehalten: In der Geiststraße 29: Donnerstag, abends 8 Uhr: „Die Bibel und wir"; Freitag, abends 8 Uhr: „Das Reich Gottes und wir"; Sonntag, nachmittags 5 Uhr: „Ernste und heitere Bilder aus unserem Verein". In der Aula der Talamtschule: Sonnabend, abends 8 Uhr: „Reif werden und rein bleiben"; Sonntag, abends 8 Uhr: „Jugend von heute". Alle Vorträge sind für junge Männer gedacht, nur zu dem letzten laden wir auch Angehörige und Freunde der Jugend ein.

— **Die Akademische Vereinigung Halle-Wittenberg** hat so- eben die Einladung zu den Vorträgen verschickt, die sie in diesem Winter ihren Mitgliedern darbieten wird. Der erste Vortrag findet Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr in der Aula der Universität statt. Herr Prof. Dr. Wiese in Halle, einer der besten Dantekenner, wird über „Dante" sprechen. Wir verfehlen nicht, auch unsererseits auf diesen Vortrag hin- zuweisen, zu dem außer den Mitgliedern auch eine große Zahl von Gästen geladen ist. Auf die weiteren Vorträge werden wir von Fall zu Fall aufmerksam machen und erwähnen nur schon heute, daß am Donnerstag, den 24. November, Herr Prof. Dr. Baesecke in Halle im Auditorium maximum über „Die Dichterin Agnes Miegel" sprechen wird. Im Anschluß daran wird Frau Dr. Groß zur Erläuterung einige Dichtungen vor- tragen.

Familien-Nachrichten

Verlobung: Gretel Naumann-Waldo mit Willy Sel- mar.

Vermählung: Polizeioberwachtmeister Paul Sobik mit Elsa Hintze.

Todesfälle: Gastwirt Wilhelm Wiebach (61 Jahre). — Schneidermeister Karl Schleifert (60 Jahre). — Lisa Kade (19 Jahre).

„H. Z." Sportberichte

Norddeutschland—Mitteldeutschland

In diesem Spiele stehen sich folgende, nunmehr endgültig aufgestellte Mannschaften gegenüber:

Norddeutschland (Farben: rot-weiß):

Wentorf
(Eimsbüttel)

Lüdecke (Eimsbüttel) — Müller (Viktoria Hamburg)

Heynen (Eimsbüttel) — Mahnke (Union Hamburg) — Krause (Holstein Kiel)

Lange (Arminia Hann.) — Bräuel (H.S.V.) — Jäger (Altona 93) — Lorenz (Eimsbüttel) — Wolpers (Arminia Hann.)

Mitteldeutschland (Farben: grün-weiß-grün):

Gäbelein (S.-V. 98 Halle) — Paulsen (V. f. B. Leipzig) — Richor (B.-C. Chemnitz) — Schmidt (Spielver. Leipzig) — Dathe (Spielver. Leipzig)

Mückenheim (Spielvereinig. Leipzig) — Edy (V. f. B. Leipzig) — Pranie (Spielver. Leipzig)

Drechsel (Ring Dresden) — Denkewitz (Wacker Leipzig)

Dölling
(Eintracht Leipzig)

Schiedsrichter: Koppehehl, Berlin.

Die Mitteldeutsche Mannschaft ist nach den Erfahrungen des Budapester Spieles aufgestellt. Dölling ist unbedingt der ge- eignete Torhüter und zwar insbesondere durch seine absolute Zuverlässigkeit. Auch die Verteidigung Denkewitz und Drechsel ist das Beste was wir augenblicklich zu stellen in der Lage sind. Auch die Läuferreihe mit Pranse, Edy und Mückenheim kann vollauf befriedigen, wenn die Spielvereinigungsleute ihren Tag haben und Edy sich befleißigt recht fair zu spielen. Gäbelein als Linksaußen ist z. Zt. in glänzender Form. Vorzüglich paßt sich ihm Paulsen an und hier im linken Flügel wird die Stärke des Mitteldeutschen Angriffs liegen. Ob Richer als Mittel- stürmer der gegebene Mann ist, erscheint sehr fraglich, da er so- wohl in Chemnitz, als auch in Teplitz halblinks gestürmt hat. Der rechte Flügel Schmidt und Dathe leistet in seiner Vereins- mannschaft Gutes. Schmidt erscheint uns lediglich zeitweise recht langsam und man kann nicht voraussagen, ob der dadurch nicht den Sturm der Mitteldeutschen zerreißt.

Jedenfalls wird es einen interessanten Kampf geben, dessen Sieger sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen läßt. Wenn wir den Norddeutschen eine Chance mehr einräumen, so ist dieses lediglich Gefühlssache.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111091-15/fragment/page=0003

Aus Mitteldeutschland

Die Saaletal-Sperren

Ziegenrück, 8. Nov.

Bekanntlich waren ursprünglich an der oberen Saale drei Riesentalsperren geplant: zwischen Hirschberg und Blankenberg; an den Bleilöchern bei Saalburg; zwischen Ziegenrück und Hohenwarte. Diese Sperren können aber voraussichtlich nicht gebaut werden, da vom Reich kein Zuschuß gewährt werden kann und der Zuschuß Preußens unsicher ist. Nun hat die Firma Zeiß durch Professor Straubel einen neuen Plan ausgearbeitet, der die Saalewasser in einem riesigen Tunnel bei Ziegenrück aufnimmt und über Pößneck nach Zeutsch oder Orlamünde leitet. Das Gefälle beträgt zwischen diesen Orten 140 Meter. Durch Verwirklichung dieses Projekts wird ein Mehr von 50 000 000 Kilowattstunden gewonnen. Dabei ist das Projekt bedeutend billiger. Nach Prof. Straubels Plänen sperrt man die Saale oberhalb der Loquitzmündung. Die durch die Wasserableitung für Saalfeld und Rudolstadt entstehenden Schwierigkeiten sollen dadurch behoben werden, daß die Loquitz und die Schwarza ausgebaut werden. Ueber diese Angelegenheit erstattete in der jüngsten Sitzung des Gemeinderats zu Saalfeld Erster Bürgermeister Dr. Schilling Bericht. Er führte aus: Der Straubelsche Plan und das Projekt des Preußischen Neubauamts reifen ihrer Vollendung entgegen und werden im Frühjahr zur Ueberprüfung vorliegen. Alsdann wird die Staatsregierung dem Landtage eine entsprechende Vorlage machen. Wir haben den Verdacht und auch gewisse Anhaltspunkte, daß das Ministerium das Straubelsche Projekt begünstigt, und daher allen Grund, darauf zu achten, daß unsere Interessen nicht unter den Schlitten kommen. Bisher haben wir eine abwartende Stellung eingenommen, uns aber schließlich zu einem Schutzverband zusammengeschlossen, der durch Sachverständige die für uns brennend gewordene Frage ausarbeiten lassen und sie dann der Regierung unterbreiten wird. Professor Straubel hat selbst zugegeben, daß sein Projekt Rudolstadt und Saalfeld nachteilig sein würde. Als Sachverständiger ist von dem Schutzverband Regierungsrat Mattern (Berlin) gewählt worden. **Der Gemeinderat billigte die** Ausführungen des Berichterstatters.

Zweierlei Maß auch in Anhalt

Den Studierenden in Köthen wird das Wahlrecht entzogen.

g. **Köthen,** 8. November.

Einen bezeichnenden Auftakt zu den Kommunalwahlen haben wir hier zu vermerken. Die Studierenden des Friedrichs-Polytechnikums erfreuen sich bei der Sozialdemokratie als „Hort der Reaktion" schon lange der größten Unbeliebtheit. Sie waren Angriffen aller Art ausgesetzt, ein projektierter Fackelzug wurde abgesagt und das Verbindungswesen wurde zeitweilig verboten — die „kochende Volksseele" mußte beruhigt werden. Zu den bevorstehenden Gemeindewahlen ist nun, um den Willen des Gesetzgebers sinngemäß zu erfüllen, wie ein sozialistischer Abgeordneter schreibt, den Studierenden einfach das Wahlrecht entzogen worden. Man hatte herausgefunden, es wäre möglich, daß die Studierenden bei einem Wechsel des Aufenthaltsortes in einem Jahre zweimal wählen könnten, und um dieser Möglichkeit zu begegnen, werden die Studierenden auf Anordnung des anhaltischen Wahlleiters nicht in die Wahllisten aufgenommen, angeblich auch, weil nicht ihr Studienort Köthen, sondern die Wohnung der Eltern als ihr Wohnsitz zu betrachten sei. Diese reichlich eigenartige Auslegung wirkt um so merkwürdiger, als sie eben nur auf die Studierenden angewendet wird, nicht aber auch auf alle anderen unseßhaften Wähler, auf die die gleichen Verhältnisse zutreffen. Von den letzteren steht allerdings auch nicht so ohne weiteres fest, daß sie bürgerlich wählen würden. Diese Entscheidung des Wahlleiters wird natürlich nicht ohne weiteres hingenommen werden, denn die Entscheidung darüber, wer in die Wahllisten aufgenommen wird, hat nicht der Wahlkommissar zu treffen. Gegebenenfalls dürfte sich eine Ungültigkeitserklärung der Wahl daraus herleiten.

g. **Eisleben,** 8. Nov. (Stadtverordnetensitzung.) Den breitesten Raum der Tagesordnung nahm die Beschlußfassung über den Haushaltplan für 1921 ein. Dieser führte bekanntlich in der letzten Sitzung zu einem Konflikt zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten, bei welchem letztere den Sitzungssaal verließen. Gestern nun fand der Etat nach langem Hin und Her die Genehmigung der Versammlung. Nachdem man sich zum Beitritt zum Provinzialwohlfahrtsamt erklärt hatte, fand ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats dahingehend Annahme, daß die Verpflegungssätze des Krankenhauses erhöht werden und zwar in Klasse 3 für Einheimische auf 24 M. und für Auswärtige auf 27 M., in Klasse 2 auf 32 bzw. 38 M., und in Klasse 1 auf 42 M. bzw. 50 M. Diese Sätze treten am 15. November d. J. in Kraft. Während man nach längerer Debatte die Grundsteuer auf 3500 Prozent und die Gewerbesteuer auf 3000 Prozent festsetzte, erniedrigte man die Gebäudesteuer von 800 auf 700 M., um die Hausbesitzer nicht zu überlasten. Dieser Vermittlungsvorschlag fand fast einstimmige Annahme. Die Erhöhung der Mietsbeträge für die Turnhalle von 700 auf 1450 Mark, rückwirkend ab 1. April 1921, fand ebenfalls Annahme. Der Genehmigung zur gärtnerischen Ausschmückung eines Geländestreifens am Bahnhof wurde zugestimmt. Die zwei neuen Straßen der Siedlungen am Bahnhof erhalten die Bezeichnung Birkenweg und Ulmenweg, die ganze Siedlung erhält den Namen Birkenhof.

— **Halberstadt,** 8. November. (Angestelltentagung.) Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.), Gau Mitteldeutschland hielt am 5. und 6. November in Halberstadt eine bedeutsame Tagung seiner Ortsgruppenvorsteher ab, an der etwa 100 Vertreter aus 50 Orten der Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg und des Freistaates Anhalt erschienen waren. Die Leitung der Veranstaltung lag in den Händen des Gauvorstehers Schiffmann-Magdeburg. Als Vertreter des Aufsichtsrates und des Bundesvorstandes waren die Herren Hugo Sommer und Heinrich Thal-Berlin erschienen. Die Tagung befaßte sich in der Hauptsache mit gewerkschaftlichen und Organisationsfragen. Im besonderen wurde auch die Frage der Beitragserhöhung erörtert und festgestellt, daß überall die Notwendigkeit einer Stärkung der gewerkschaftlichen Mittel durch Erhebung höherer Beiträge anerkannt worden ist. Aus den Referaten sind im besonderen die des Gaugeschäftsführers Roßberg über die Angestelltenversicherung und die bevorstehenden Neuwahlen der Vertrauensmänner, ferner das des Kollegen Rupprecht über die bevorstehende Winterarbeit und das des Gaujugendobmanns Krahl-Halberstadt über die Jugendbewegung hervorzuheben.

—d. **Halberstadt, 7. Nov.** (**Ein frecher Wohnungseinbruch**) wurde im Spiegelsbergenweg verübt. Während die Wohnungsinhaber den Sonntag über in den Harz gefahren waren, haben Spitzbuben durch Zertrümmern einer Scheibe sich Eingang in die Wohnung verschafft und für mehr als 11 000 M. Kleidungsstücke u. a. Sachen entwendet. — Einem durchreisenden Händler aus Braunschweig wurden hier in leichter Gesellschaft 38 000 M. entwendet. Der Dieb, der infolge durchgelaufener Füße einen langsamen Gang hat, wurde in Vienenburg gesehen, wo er mit dem Gelde große Zechgelage veranstaltet hat, konnte aber noch nicht gefaßt werden.

— **Treffurt, 8. November. (Drei Gehöfte eingeäschert.) In Rittmarshausen wurden drei Gehöfte durch Großfeuer vollständig eingeäschert. Bedeutende Futtervorräte und auch zahlreiches Vieh verbrannten. Das Feuer ist vermutlich auf Brandstiftung zurückzuführen. Zwei Personen wurden verhaftet.**

Volkswirtschaftlicher Teil

Aktiengesellschaften

w. **Rositzer Braunkohlenwerke. In der ordentlichen Generalversammlung wurde die Bilanz genehmigt, die mit einem Reingewinn von 2 580 319 M. abschließt, und die Verteilung einer sofort zahlbaren Dividende von 7 Prozent beschlossen. Wie seitens des Vorsitzenden erklärt wurde, mußte auf die in der Tagesordnung angekündigte Fusion mit der Vereinigte** Kohlen-A.-G. angesichts der geradezu ungeheuerlichen Fusionskosten, welche bei der gegenwärtigen Börsenlage im Falle einer Verschmelzung beider Werke entstanden wären, verzichtet werden. Damit entfiel auch der Plan, die deutschen Werke des Duxer Kohlenvereins auf Rositz zu erwerben. Die in der Tagesordnung in Aussicht genommene Kapitalerhöhung von Rositz kam unter den Umständen ebenfalls in Wegfall. Es wurde hingegen beschlossen, das Unternehmen als Ganzes an die Deutsche Erdöl-A.-G. zu verpachten sowie ferner den Vorstand zur Ausgabe von Obligationen bis zur einhalbfachen Höhe des Aktienkapitals zu ermächtigen. Im Zusammenhang mit dem Abschluß des Pachtvertrages gab der Vorsitzende bekannt, daß die Internationale Petroleum-Union in Zürich bereit sei, den Aktionären der Rositzer Braunkohlenwerke A.-G. gegen je nom. 1000 Rositz-Aktien mit Dividendenschein 1921/22 Zertifikate über 500 Fr. Ipu-Aktien zu gewähren. Der Umtausch wird durch die bekannten Zahlstellen der Rositzer Braunkohlenwerke A.-G. bis zum 1. Dezember 1921 einschließlich vermittelt.

* **Karges-Hammer Maschinenfabrik A.-G. Braunschweig.** Die Gesellschaft kündigt ihre Teilschuldverschreibungen auf Grund der Anleihe vom 19. Dezember 1906 zur Rückzahlung auf den 30. Juli 1922.

* **Der Berlin-Halberstädter Industriewerke-A.-G., Halberstadt,** ist für Erweiterungsbauten das vereinfachte Enteignungsverfahren für zwei Grundstücke in der Gemarkung Halberstadt zugestanden.

* **Gothaer Waggonfabrik.** Der Streik ist mittels einer Verständigung beigelegt.

tu. **Streik im Haspe-Werk.** Im Haspe-Werk streiken 300 Maschinisten und Heizer. 2500 Arbeiter sind dadurch gezwungen, zu feiern. Es handelt sich angeblich um einen Sympathiestreik für den Duisburger Ausstand.

ss. **Apollo-Werke A.-G. in Apolda.** (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltung beantragt Erhöhung des Grundkapitals auf 12 Millionen Mark.

* **Staßfurter Licht und Kraftwerke A.-G.** Der Gesellschaft ist zum Bau einer Hochspannungsleitung von Ueltnitz nach Staßfurt gestattet, das vereinfachte Enteignungsverfahren anzuwenden.

* **Mundlos A.-G. Magdeburg.** Die o. G.-V. am 2. Dez. soll über eine Kapitalserhöhung um 1,5 Mill. Mk. auf 4,5 Mill. Mk. beschließen.

ss. **Porzellanfabrik E. u. A. Müller A.-G. in Schönwald.** (Eigener Drahtbericht.) Der Aufsichtsrat bringt 20 Prozent (gegen 12 Prozent im Vorjahre) Dividenden in Vorschlag.

* **Kapitalerhöhung der Dresdener Bank?** Eine Berliner Zeitung bringt die Meldung, daß die Dresdener Bank, die Anfang dieses Jahres ihr Kapital um 90 auf 380 Mill. M. erhöht hat, wiederum eine Kapitalserhöhung beabsichtigt. Für den 11. November ist der Arbeitsausschuß des Aufsichtsrates einberufen. Angeblich soll hierbei auch die Kapitalserhöhung zur Sprache kommen.

* **Die Landes-Produktenverwertung für Anhalt,** Julius Lichtenstein in Bernburg ist in eine G. m. b. H. umgewandelt. Stammkapital 100 000 Mk.

—ö— **Handelsregister Eisenach.** Unter der Firma: Mitteldeutsche Metallwarenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wurde ein neues industrielles Unternehmen mit einem Stammkapital von 200 000 Mark in Eisenach ins Leben gerufen. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Metallwaren, Massenartikeln, Grudeöfen, Fahrzeugen, Maschinen und Zubehörteilen aller Art. — Die Niederlassung der Firma Chemisch-pharmazeutische Präparate des Apothekers Adolf Hanner wurde von Berlin nach Eisenach verlegt.

Industrie, Handel, Handwerk

f. **Vom Zuckermarkt** berichtet unser Magdeburger Mitarbeiter: Am heimischen Zuckermarkt besteht nach wie vor ein übermäßiges Deckungsbedürfnis, das auf die unberechtigte Annahme einer späteren Zuckerknappheit zurückzuführen ist. Demgegenüber wird von der Zuckerwirtschaftsstelle darauf hingewiesen, daß Befürchtungen wegen mangelhafter Zuckerversorgung unbegründet sind. Wenn augenblicklich die überreichlichen Anforderungen des Konsums und besonders der zuckerverarbeitenden Industrie nicht voll befriedigt werden können, so liegt das lediglich an der durch mancherlei wirtschaftliche Schwierigkeiten bedingten Verzögerung der Ernte und der Rübenverarbeitung. Vor allem bewirkte die unzulängliche Wagengestellung der Eisenbahnen eine Verlangsamung des Verlaufes der neuen Kampagne, so daß Betriebsunterbrechungen bei den Rohzuckerfabriken und Raffinerien nicht zu den Seltenheiten gehörten. In absehbarer Zeit dürfte genug Zucker vorhanden sein, um den dringendsten Bedarf befriedigen zu können, und zwar zu Preisen, die nach Maßgabe der bevorstehenden steuerlichen Belastung und der ständig steigenden Gestehungskosten als angemessen erscheinen. Wenn unter dem Einfluß der gegenwärtigen Angstkäufe des Publikums vielfach Preise gefordert werden, die über das gebührliche Maß hinausgehen, so ist festzustellen, daß für eine überspannte Verteuerung des Mundzuckers keine Veranlassung vorliegt. In Raffinade ist in der verflossenen Woche eine weitere Freigabe von 4¾ Prozent Kontingent erfolgt, die in Händlerkreisen für zu niedrig gehalten wird. Dieser vorsichtige Zuteilungsmodus ist indes notwendig, um die Versorgung bis zur neuen Ernte sicherzustellen. Sehr stark ist besonders die Nachfrage des Süßigkeitsgewerbes, die in diesem Ausmaße kaum erfüllt werden kann, wenn man den Mundzuckerkonsum nicht benachteiligen will. Die Erledigung der Abforderungen wird noch immer durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse benachteiligt. — Für Melasse bestand auch in der Berichtswoche reichliche Nachfrage zu anziehenden Preisen. Die amtliche Magdeburger Notiz stellte sich auf 92 bis 100 M., doch wurden auch spekulative Käufe auf höherer Preisbasis abgeschlossen. Als Interessenten traten besonders Hefe- und Futterfabriken hervor. Mit niedrigeren Preisen ist vorläufig kaum zu rechnen.

An den internationalen Zuckermärkten gestaltete sich die Geschäftstätigkeit etwas lebhafter. In Tschechien wirkte die Besserung der Verkehrsverhältnisse über Hamburg um die Ermäßigung der Frachten auf das Ausfuhrgeschäft anregend. Die tschechische Rübenernte ist in der Hauptsache beendet, die neuerlichen Niederschläge haben auf das Ergebnis kaum noch einen Einfluß. — An den englischen Zuckermärkten bestand reichliche Nachfrage, doch wiesen die Preise kaum wesentliche Veränderungen auf. — Der Pariser Zuckermarkt war nicht voll behauptet, es lag reichliches Angebot vor, dem keine entsprechende Nachfrage gegenüberstand. — Am New-Yorker Zuckermarkt schloß greifbarer Zentrifugalzucker unverändert zu 4,06 bis 4,11 c per lb. — Auf Kuba hat sich die finanzielle Lage noch nicht gebessert.

ss. **Mitteldeutsche Häuteauktion.** (Eigener Drahtbericht.) Auf der in Leipzig abgehaltenen 37. mitteldeutschen Häuteauktion kamen in der Hauptsache Thüringer Gefelle zum Angebot. Der Verkauf ging lebhaft vonstatten, wenn auch eine gewisse Vorsicht zu beobachten war. Die Tendenz war fest und die Preise gingen 20 bis 25 Prozent über die letzten Notierungen. Rinderhäute löston etwa 30 Mark, Kalbfelle 65 bis 68 Mark.

* **Meldepflicht gewerblicher Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts.** Die Bekanntmachung betreffend Belieferung und Meldepflicht gewerblicher Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts wird im „Reichsanzeiger" Nr. 261 veröffentlicht. Nicht mehr meldepflichtig sind: Rohbraunkohle, Naßpreßsteine, Grudekoks, Zechen-, Gas- und Lesekoks, sonstige Abfallprodukte der Rohbraunkohle und Steinkohle (Schlammkohle, Koksgrus, Generatorenrückstände, Schlacke, Waschberge und sogenannte Mittelprodukte). Es bleiben meldepflichtig alle aus dem Bergwerksbetriebe stammenden heimischen wie eingeführten Steinkohlen und die daraus hergestellten Briketts einschließlich der Ersatzbriketts, ferner oberbayerische Pechkohle, böhmische Stein- und Braunkohle und Braunkohlenbriketts einschließlich der Brikettspäne und Brikettabrieb.

* **Sämereienbericht** der Firma A. Metz u. Co. Nachfolger, G. m. b. H., Berlin. Der weitere Sturz der deutschen Währung gab dem Geschäft eine sehr feste Haltung. Die im Inlande vorhandenen Läger gewinnen infolge der Unmöglichkeit weiterer Einkäufe aus dem Auslande immer mehr an Wert und es dürfte bald Knappheit eintreten, wenn die Mark sich nicht bessert. Ausnahmslos waren alle Arten gefragt, von Kleesaaten in erster Linie neuer Rotklee, der aus einzelnen Gegenden schon in größeren Mengen angeboten wird. Für Weißklee ließ bei den hohen Preisen das Interesse etwas nach und wandte sich mehr dem Gelbklee zu, welcher bisher von der allgemeinen Steigerung nicht in demselben Maße erfaßt war wie die übrigen Arten. Bedeutendes Geschäft hatten Raigräser und Timothee. Die Rispengräser sind infolge der hohen Preise vorläufig weniger begehrt. Hülsenfrüchte liegen sehr fest, Lupinen, Peluschken und Ackerbohnen aus neuer Ernte fehlen vorläufig fast ganz. Wir notieren heute freibleibend für seidefreie Saaten mit guten Gebrauchswerten je nach Qualität für 50 Kilogramm ab Berlin: Rotklee, jährig 1600—2000 M., neu 2500—3200 M.; Weißklee 1600—2900 M.; Schwedenklee 1500—2600 M.; Gelbklee 400 bis 660 M.; Wundklee 950—1200 M.; Esparsette 230—450 M.; Luzerne, blaue piemonteser 1500—2200 M., blaue provencer 1900 bis 2300 M.; Inkarnatklee 360—450 M.; Fioringras, enthülst 2000—3500; Kammgras 3000—4000 M.; Wiesenschwingel 2400 bis 2900 M.; Wiesenrispengras, echt 6900—7500 M.; Englisches Raigras 650—1075 M.; Italienisches Raigras 525—950 M.; Timothee 600—1250 M.; Serradella 180—360 M.; Kümmel 800 bis 950 M.; Senf 280—475 M.; Sandwicken 550—825 M.; Saatlupinen, gelbe neue 145—190 M.; blaue 110—180 M.; Sommerwicken 240—340 M.; Buchweizen, brauner 300—375 M.

Börsenberichte

w. **Von der Berliner Börse.** Vollbörsen sind in kommender Woche nur am Montag und Donnerstag. Im übrigen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. — Der Börsenvorstand beschloß, daß ab 1. Dezember in Dividendenwerten nur Aufträge von 5000 Mark und dem Mehrfachen hiervon bzw. soweit es sich um Aktien in Stücken von 600 und 1200 Mark handelt, nur Beträge von 6000 Mark und dem Mehrfachen hiervon von den Kursmaklern zur Ausführung angenommen werden dürfen, und daß nur Geschäfte zu diesen Beträgen Anspruch auf Berücksichtigung bei den amtlichen Kursfeststellungen haben.

Produktenbericht. Berlin, 8. November. Die Geschäftslage war unverändert. Die hohen Forderungen bei geringem Angebot veranlaßten zur Vorsicht, zumal man glaubt, daß infolge Aufnahme der Druscharbeit demnächst mehr Ware an den Markt kommen wird. Die Preise nahmen eine ganz unregelmäßige Bewegung. Weizen und Roggen hatten stramme Haltung bei höheren Preisen. Bei Gerste wurden höhere Preise verlangt, besonders begehrt war Sommergerste. Für Hafer hält der Warenmangel an. Es wurden weiter gestiegene Preise erzielt. Für Mais zeigte sich nur wenig Unternehmungslust. Einige Umsätze fanden in bahnstehender Ware und in Dezemberlieferungen statt. Mehl wurde wenig umgesetzt. Kleie und Raps sowie auch Hülsenfrüchte und sonstige Futterstoffe hatten feste Preise.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 8. November.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station

Weizen, märk. 405—412, schles. —, meckl. —, sehr fest.
Roggen, märk. 305—31?, pomm. —, schles. —, fest.
Wintergerste —, Sommergerste 360—385, fest.
Hafer, märk. 298—306, schles. —, fest.
Weizenmehl 1070—1140. Roggenmehl 780—840 (je 2 Zentner.
Weizenkleie 200—210, fest. Roggenkleie —.

Victoriaerbsen	460—500	Lupinen, blaue	—
Kleine Speiseerbsen	—	Lupinen, gelbe	—
Futtererbsen	—	Rapskuchen	—
Peluschken	—	Leinkuchen	—
Wicken	—	Serradella	—
Ackerbohnen	—	Trockenschnitzel	—

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 31—33.
Haferstroh drahtgepreßt 39—43, Stroh seilgebündelt —.
Langstroh seilgebündelt 29—31.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 89—93, gut, gesund und trocken (Nachmahd) —, gesund und trocken, 78—81, Kleeheu —, alles ab Stationen.

Devisen-Notierungen

Berlin, 8. November

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	10589,9	10610,6	Paris	2237,75	2242,25
Brüss.-Antwerp.	2172,8)	2177,20	Schweiz	5744,25	5755,75
Christiania	4250,70	4259,30	Spanien	4165,80	4174,20
Kopenhagen	5544,45	5555,55	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	6843,15	6856,85	Oesterr. abgest.	8,58	8,62
Helsingfors	589,40	590,60	Prag	324,65	325,35
Italien	1273,70	1276,30	Budapest	26,87	26,93
London	1178,80	1181,20	Poln. Mark	10,25	—,—
New-York	309,69	310,31	Buenos Aires	97,90	98,10

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 8. Nov. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	8000/8200	Zinn (Banca-Straits-Austral)	18500 19000
Orig.-Hütt.-Weichblei	2850/2900	Hüttenz. (mind. 99 %)	18000/18500
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	2875/2900	Reinnickel (98-99 %)	14000 14500
Remelted-Platt.-Zink	2400/2500	Antimon (Regulus)	3200 3300
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöckchen)	11000/12000	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	4525 4675
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.)	11200/12200	Elektrolytkupfer p. 100 kg	9595
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte Preis des Zinkhüttenverbandes	2962

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Hutz; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport Hans Hellint; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Erich Heilheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192111091-15/fragment/page=0004
DFG